



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 19. Juni 2020

Bericht aus der Session – Nummer 35
Rückblick auf die Sommersession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Nach zwei Sessionen in der **Bernexpo** freue ich mich sehr, dass die Herbstsession wieder im **Bundeshaus** stattfinden wird. Bis es einen Corona-Impfstoff gibt, werden wir uns auch im Bundeshaus an Corona-Schutzmassnahmen halten müssen. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir weiter keine Besucher/innen im Bundeshaus empfangen können. Je nach epidemiologischer Lage braucht es vielleicht auch Masken. Aber das nehme ich gerne in Kauf, wenn wir wieder im Bundeshaus tagen können. Bereits nächste Woche werde ich jeden Tag im Bundeshaus an Kommissionssitzungen teilnehmen, bspw. im Ständeratssaal oder im umstrukturierten Restaurant. Ich bin sehr gespannt darauf. Noch nie in den vergangenen acht Jahren habe ich erlebt, dass wir fast täglich neue Traktandenlisten erhalten haben und wir massiv im Rückstand gewesen sind mit der Beratung der Geschäfte. Doch das Büro hat aus finanziellen Überlegungen lange gezögert, **zusätzliche Parlamentstage** einzuberufen. Ende Oktober wird es eine weitere **Sondersession von zwei Tagen** geben. Ich bin gespannt, wann wir den Rückstand aus der Frühlingssession, aus der Sondersession und aus der laufenden Session aufholen werden. Geplant sind in der **Herbstsession drei Abendsitzungen und zwei zusätzliche Nachmittage**. Drei Geschäfte von mir, für welche ich mich vorbereitet habe, sind auch der Überlastung zum Opfer gefallen. Leider.

Dass der Parlamentsbetrieb während der ausserordentlichen Lage in die Bernexpo verlagert werden konnte, war wichtig. **Das Parlament muss auch in Krisenzeiten funktionsfähig sein** und seine politische Mitverantwortung trotz erschwelter Rahmenbedingungen – in Corona-Zeiten trotz Abstandsregeln – **uneingeschränkt** wahrnehmen können. Bereits die Pause, die zwischen dem Abbruch der Frühlingssession und dem Start der ausserordentlichen Session entstanden war, war zu lang. In den nächsten Monaten werden wir die Abläufe und Vorgehensweisen während der Pandemie analysieren und Verbesserungsmöglichkeiten identifizieren müssen. Es wird auch darum gehen, welche positiven Errungenschaften aus der Krise in die Normalzeit



mitgenommen werden sollen. Ich denke dabei beispielsweise an den Einsatz von **Videokonferenzen**, der auch künftig in gewissen Situationen sinnvoll sein kann. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK), in welcher ich Einsitz habe, wird bei der Aufarbeitung des parlamentarischen Krisenmanagements als Oberaufsicht eine wichtige Rolle spielen.

Die Bernexpo wird mir als nüchterner und stiller Arbeitsort mit enorm viel Platz in Erinnerung bleiben. Der Nationalratsaal in der Bernexpo war zwölfmal grösser als sein Pendant im Bundeshaus. Jede Parlamentarierin und jeder Parlamentarier verfügte über einen eigenen Tisch und vier Quadratmeter Raum. Unterlagen hätten praktisch ausgebreitet werden können, wären die beiden Sessionen nicht (fast ganz) papierlos durchgeführt worden. Weniger Gewusel und weniger Zwischengespräche waren förderlich für die Konzentration, gleichzeitig ging die Lebendigkeit des Politbetriebs etwas verloren.

Die Corona-Pandemie hat die politische Agenda auf den Kopf gestellt. Mit dem Abbruch der Frühlingssession mussten die Behandlungen vieler Geschäfte verschoben werden. Gleichzeitig brachte die Krise viele neue Themen und Fragen aufs Tapet, die Antworten und Entscheide vom Parlament verlangen. **Es ist eine grosse Herausforderung für unser Miliz-System, diesen Mehraufwand zu erbringen, ohne Abstriche bei der Qualität zu machen.** Ich hoffe fest, dass die Corona-Fallzahlen auf dem aktuell tiefen Niveau bleiben und uns erlauben, die aufgeschobenen Debatten und angehäuften Pendenzen abzarbeiten.

Es kann uns gelingen, das Corona-Virus in Schach zu halten, wenn wir die Corona-Hygiene- und Abstandsregeln weiter mit Konsequenz befolgen. Dazu gehört auch, auf grosse Menschenansammlungen insbesondere an Demonstrationen zu verzichten. Die neue Corona-App wird uns helfen, auf Neuansammlungen rasch reagieren zu können, wenn möglichst viele Menschen diese App nutzen. Setzen wir gemeinsam alles daran, um einen erneuten Anstieg der Corona-Ansteckungen zu verhindern, für die Wirtschaft, für die Risikogruppen und für uns alle!

Bleiben Sie gesund!

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



19.06.2020

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 35

Rückblick auf die Sommeression...

Überbrückungsleistungen 2.6. + 11.6.: Der Nationalrat hat am 2.6.2020 zum dritten Mal über die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose beraten. Er hat zugestimmt, dass der Plafond der Überbrückungsleistungen auch die Krankheits- und Behinderungskosten umfassen soll. Es bleibt damit eine einzige inhaltliche Differenz zum Ständerat. Diese betrifft die Obergrenze der Überbrückungsrente für Alleinstehende. Dafür muss nun die Einigungskonferenz eine Lösung suchen. Es zeichnet sich ab, dass sich als Obergrenze das 2,25-Fache des allgemeinen Lebensbedarfs durchsetzt. Das entspricht der Lösung des Nationalrats. In der Schlussabstimmung wurden die Überbrückungsleistungen mit 128 Ja- und 64 Nein-Stimmen sowie 6 Enthaltungen angenommen.

Kommentar: Glücklicherweise konnte die SVP die Überbrückungsleistungen auch mit ihrer Corona-Krisen-Argumentation nicht verhindern. In Krisenzeiten haben es ältere Arbeitslose auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer. Die letzte Differenz, nämlich der Maximalbeitrag (NR: max. 43'800.- und SR max. 38'900.-) konnte in der Einigungskonferenz bereinigt werden.

Altersvorsorge: Wer in jungen Jahren nicht in der Lage gewesen ist, in die Säule 3a einzuzahlen, soll das später nachholen können. Die höheren Einzahlungen sollen vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat einer entsprechenden [Motion](#) zu. Eine nachträgliche Einzahlung stärke die Vorsorge jener, die in jungen Jahren kein 3a-Konto gehabt hätten oder die finanziellen Mittel nicht hätten aufbringen können, sagte Regine Sauter (FDP/ZH) im Namen der Kommissionsmehrheit. Der Rat nahm die Motion mit 112 zu 70 Stimmen bei einer Enthaltung an. Aus Sicht der Minderheit eröffnet der Abzug jedoch nur ein "beträchtliches Steueroptimierungspotential für Vermögende", wie Mattea Meyer (SP/ZH) sagte. Auch Sozialminister Alain Berset sagte, dass die Vorlage Ungleichheiten verstärken würde.

Kommentar: Pro Jahr können Personen, die auch bei einer Pensionskasse versichert sind, maximal CHF 6'826.- in die dritte Säule einbezahlen (ohne Pensionskasse: max. CHF 34'124.-). Zusätzlich besteht die Möglichkeit von Einzahlungen in die Pensionskasse, wenn bis dato nicht genügend einbezahlt worden ist, um die vollen reglementarischen Leistungen zu erhalten. Das ist viel Geld. Von weiteren, steuerbefreiten Einzahlungsmöglichkeiten werden deshalb wohlhabende Menschen profitieren. Gleichzeitig gehen Steuereinnahmen verloren.

Medikamente: Bei der Festsetzung von Medikamentenpreisen sollen auch die Kosten für das gesamte Gesundheitssystem berücksichtigt werden können. Das verlangt das Parlament. Der Nationalrat hat eine [Motion](#) aus dem Ständerat mit dieser Forderung angenommen. Die Räte wollen insbesondere einen Mechanismus zur Eindämmung der Kosten von innovativen Medikamenten einführen. Angesichts des Kostenwachstums müsse die Preisfestlegung überprüft werden, sagte Mattea Meyer (SP/ZH) für die Kommission. Der Bundesrat anerkennt den



Handlungsbedarf. Gesundheitsminister Alain Berset kündigte Vorschläge im Rahmen eines Kostendämpfungspakets an.

Kommentar: Es ist sinnvolle, neue Wege im Zulassungs- und Preissystem bei Medikamenten zu suchen, denn ganz neue Medikamente lassen sich nicht mit verfügbaren vergleichen. Wichtig ist dabei aber, dass nicht nur die Gesamtkostenfolgen bei den Medikamenten angeschaut werden, sondern dass auch durch Heilungen erzielte Einsparungen im Gesundheitssystem berücksichtigt werden. Es gilt, die Umsetzung der Motion durch den Bundesrat zu beobachten. Wir werden bei den Kostendämpfungsmassnahmen über weitere Möglichkeiten, wie ein Referenzpreissystem, diskutieren.

Nur das gemeinsame Handeln bringt die Menschen einander näher.

Simone Weil

Armut: Der Bund soll ein regelmässiges Monitoring über die Armutssituation in der Schweiz führen. Das verlangt das Parlament. Der Nationalrat hat eine [Motion](#) aus dem Ständerat mit dieser Forderung angenommen. Das Monitoring soll auf bestehenden nationalen und kantonalen Datenquellen beruhen und eine Auswertung von Armutsindikatoren beinhalten. Die Ergebnisse des Monitorings sollen dem Parlament alle fünf Jahre zur

Kenntnisnahme vorgelegt werden. Bundesrat Alain Berset wies vergebens auf die bereits vorhandenen Statistiken hin. Der Mehrheit der Räte fehlt heute eine umfassende und regelmässige Erfassung der Armut.

Kommentar: Es freut mich sehr, dass diese Motion angenommen worden ist. Auch ich forderte in einer ähnlichen [Motion](#) ein Armutsmonitoring. Damals leider noch erfolglos. Gewisse Dinge brauchen Zeit.

Ehe für alle: Homosexuelle Paare sollen in der Schweiz künftig die Ehe eingehen können. Die Rede war von einem "historischen Schritt". Alle Fraktionen mit Ausnahme der SVP sprachen sich für die Änderung des Eherechts aus. Der Nationalrat sprach sich auch für den Zugang lesbischer Ehepaare zur Samenspende aus. Es handelte sich um den umstrittensten Punkt der Vorlage "Ehe für alle", die auf eine parlamentarische Initiative der Grünliberalen zurückgeht. Die Rechtskommission hatte beantragt, das Thema Samenspende in einer separaten Vorlage zu behandeln, um die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare nicht zu gefährden. Auch Justizministerin Karin Keller-Sutter sprach sich dafür aus, zuerst die offenen Fragen zu dem Thema zu klären. Eine klare Mehrheit des Nationalrats sagte aber Ja zur Samenspende.

Kommentar: Ich bin froh über diesen Entscheid. Gerade für gemeinsame Kinder ist es wichtig, dass ihre Eltern die gemeinsame rechtliche Elternschaft haben. Nur so ist garantiert, dass bei einem Todesfall der überlebende Elternteil ohne rechtliche Hürden für die Kinder da sein kann. Es wird zu einer Volksabstimmung kommen. Sie werden sich also auch noch intensiv damit befassen!

Corona-Kredite: Zur Bewältigung der Corona-Krise hat der Nationalrat weitere 14,9 Milliarden Franken bewilligt. Der grösste Teil geht an die Arbeitslosenversicherung (ALV), welche die Kurzarbeitsentschädigungen finanziert. Zusätzliche Mittel fliessen auch in die internationale Hilfe, den Sport oder die Beschaffung von Impfstoffen. Die Kredite waren grundsätzlich unumstritten. Kürzungsanträge der SVP und Anträge der Linken für eine Aufstockung lehnte der Nationalrat ab. Schon in der Corona-Session von Anfang Mai hatte das Parlament ausserordentliche Ausgaben von rund 16 Milliarden Franken bewilligt. Stimmt auch der Ständerat zu, erhöhen sich diese auf



rund 31 Milliarden. Der Bundesrat geht davon aus, dass sich das Defizit Ende Jahr auf 40 Milliarden Franken belaufen könnte.

Kommentar: Bundesrat und Parlament federn die Folgen der Corona-Krise gemeinsam mit finanzieller Hilfe für verschiedenste Gruppen ab, das ist gut so. Wichtig ist, dass auch den Menschen, denen es gesundheitlich, persönlich und finanziell bereits vor der Pandemie nicht gut ging, Unterstützung bekommen und nicht bei ihnen mit Kürzungen der Sozialhilfe- und Sozialversicherungsleistungen gespart wird.

Geschäftsmieten: Nach dem Streit über den teilweisen Erlass von Geschäftsmieten haben sich National- und Ständerat auf eine gemeinsame Lösung geeinigt: Der Nationalrat hat sich im Sinn eines Kompromisses für einen Mieterlass ausgesprochen. Bereits betroffene Vereinbarungen zwischen den Mietparteien sollen ihre Gültigkeit behalten. Geschäftsbetreiber und -betreiberinnen sollen gemäss zweier Motionen ihrem Vermieter für die Dauer der behördlichen Schliessung wegen des Coronavirus nur 40 Prozent der Miete schulden. Dabei soll eine Mietobergrenze von 20'000 Franken gelten. Die restlichen 60 Prozent soll der Vermieter tragen. Auch Betriebe, die ihre Aktivitäten reduzieren mussten, sollen in begrenztem Umfang von einer Ermässigung profitieren können. Bei einem Mietzins zwischen 15'000 und 20'000 Franken können Mieter wie auch Vermieter auf diese Lösung verzichten. Für Vermieter soll der Bundesrat einen Härtefallfonds von 20 Millionen Franken vorsehen.

Die Umsetzung dieser Regelung dürfte aber noch rund ein halbes Jahr in Anspruch nehmen. Der Bundesrat habe die Arbeit schon in Angriff genommen, sagte Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin in der Fragestunde des Nationalrats. Er sei sich der Dringlichkeit des Anliegens sehr wohl bewusst. Trotzdem dauert das Verfahren seine Zeit, insbesondere für die Vernehmlassung. Es soll laut Parmelin verkürzt werden, sodass der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zum teilweisen Mietzins erlass Mitte September vorlegen kann. Die Räte könnten die Vorlage dann im dringlichen Verfahren in der Wintersession behandeln und gegebenenfalls sofort in Kraft setzen.

Kommentar: Endlich haben wir eine Lösung gefunden. Es ist richtig, dass sich Vermieter und Geschäftsbetreiberinnen die Verluste wegen der geschlossenen Geschäfte teilen. Freiwillige Lösungen wären mir sympathischer gewesen, denn es gibt auch Vermieter, welche nun in Schwierigkeiten geraten könnten.

Frauenbewegung: Der Bund soll das wegen Geldmangels von der Schliessung bedrohte Gosteli-Archiv in Bern in den nächsten vier Jahren mit insgesamt 4 Millionen Franken unterstützen. Das verlangt der Nationalrat mit einer [Motion](#), die er mit 100 zu 50 Stimmen unterstützte. Die Motion fordert, dass der Bund in der BFI-Botschaft für 2021 bis 2024 den Unterhalt und die Weiterentwicklung des Archivs unterstützt. Der Bundesrat lehnte den Vorstoss ab und verwies auf den hängigen Entscheid zum Unterstützungsgesuch der Gosteli-Stiftung. Nun ist der Ständerat am Zug.

Kommentar: Die Frauenbewegung gehört zur Geschichte der Schweiz. Die Gosteli-Stiftung bewahrt über 400 Bestände auf von Frauenrechtsorganisationen, Frauenverbänden und einzelnen Frauen, die in Politik, Wirtschaft, Bildung, Kultur, Gesellschaft und Familie eine wichtige Rolle gespielt haben. Es darf nicht sein, dass diese wichtige gesellschaftspolitische Arbeit der Gosteli-Stiftung aus finanziellen Gründen abrupt beendet wird.

Corona-App: Der Nationalrat ist einverstanden damit, die Corona-App in der Schweiz bald regulär einzusetzen. Die vom Bund und den beiden ETH entwickelte Swiss-Covid-App könne in Ergänzung zum klassischen Contact Tracing der Kantone helfen, die Ansteckungsketten zurückzuverfolgen sowie die Personen zu warnen, wenn sie längeren Kontakt zu einem oder einer Infizierten hatten. Personen sollen sich etwa kostenlos testen lassen können, wenn sie eine Benachrichtigung der Swiss-Covid-App erhalten. Nur SVP-Vertreter äusserten grosse Skepsis gegenüber des sogenannten Proximity-Tracing-Systems. Mit 163 zu 26 Stimmen hiess der Nationalrat auch die



Dringlichkeitsklausel zur Vorlage gut. Der Ständerat hat der Dringlichkeitsklausel am Vortag zugestimmt.

Kommentar: Ich werde voraussichtlich die App benutzen, da ich meinen persönlichen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie leisten möchte.

Entwicklungshilfe: Der Nationalrat will in den nächsten vier Jahren maximal 11,252 Milliarden für die internationale Zusammenarbeit ausgeben. Er ist am Montagabend dem Bundesrat gefolgt. Eine bürgerliche Mehrheit aus SVP, FDP und der Mitte-Fraktion setzte sich durch. Auf Bundesratslinie begaben sich von Anfang an die Mitte-Fraktion und die FDP. Eine Allianz aus SP, Grüne und GLP setzte sich für eine Erhöhung der Beiträge um mindestens 241 Millionen Franken ein. Aus ihrer Sicht hat die internationale Zusammenarbeit während der Corona-Krise weiter an Bedeutung gewonnen. Die SVP-Fraktion schliesslich kämpfte für eine Halbierung respektive für eine Reduktion um zehn Prozent der vom Bundesrat vorgeschlagenen Beiträge. Beide Änderungsanträge scheiterten. Als nächstes debattiert der Ständerat über die Vorlage.

Kommentar: Die Corona-Krise hat uns einmal mehr vor Augen geführt, dass wir globale Probleme und Herausforderungen wie Klimawandel, Pandemien, Kriege und Versorgungssicherheit nur gemeinsam lösen können. Gerade in Krisenzeiten wäre eine Erhöhung unseres Beitrags für die internationale Zusammenarbeit dringend nötig gewesen. Leider haben die Bürgerlichen diesen solidarischen Akt mit den Ärmsten dieser Welt in sehr schwierigen Zeiten verhindert.

Aktienrecht: Der Nationalrat hat das modernisierte Aktienrecht und damit Geschlechterrichtwerte für Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte von börsenkotierten Unternehmen verabschiedet. Er hiess den Antrag der Einigungskonferenz gut. Der Entscheid fiel mit 140 zu 53 Stimmen. Nur die SVP-Fraktion stimmte dagegen. Nun entscheidet noch der Ständerat. Danach ist die Vorlage bereit für die Schlussabstimmungen. Im Zentrum stehen Geschlechterrichtwerte in den Chefetagen: In Verwaltungsräten sollen beide Geschlechter zu mindestens 30 Prozent vertreten sein, in Geschäftsleitungen zu mindestens 20 Prozent. Betroffen sind etwa 200 Unternehmen. Wird der Richtwert nicht erreicht, müssen die Unternehmen im Vergütungsbericht die Gründe sowie Massnahmen zur Verbesserung darlegen. Sanktionen sind nicht vorgesehen.

Kommentar: Eigentlich sollte es schon längst selbstverständlich sein, dass die Hälfte der Chef- und Chefinnensession von Frauen besetzt sind. Doch die Realität sieht anders aus. Vorgaben für Frauenanteile in Geschäftsleitungen sind gut, ich hätte mir aber 50% gewünscht.

Flüchtlinge: Der Bundesrat soll für eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen und Migranten in Europa sorgen und sich für eine Verbesserung der Lage der auf griechischen Inseln festsitzenden Menschen einsetzen. Auf EU-Ebene soll er sich auch für eine Reform des Dublin-Abkommens starkmachen. Der Vorstoss der Staatspolitischen Kommission verlangt ausserdem, dass die Schweiz eigene Solidaritätsleistungen ergreift. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion mit 139 zu 54 Stimmen unterstützt, mit der der Bundesrat einverstanden ist. Die Nein-Stimmen kamen von der SVP-Fraktion. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Kommentar: Bilder und Berichte aus Flüchtlingslagern stimmen mich sehr traurig. Wie kann die Weltgemeinschaft zulassen, dass Menschen über eine lange Zeit in so menschenunwürdigen Umständen hausen müssen. Die humanitäre Tradition der Schweiz verlangt, dass sich unser Land für die Flüchtlinge einsetzen.

Burka-Verbot: Das Parlament empfiehlt, die Initiative zum Verhüllungsverbot an der Urne abzulehnen. Der Nationalrat fällt am Mittwoch als letzte parlamentarische Instanz diesen Entscheid, mit 114 zu 76 Stimmen bei drei Enthaltungen. Obwohl die Volksinitiative ein grundsätzliches Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum in der ganzen Schweiz verlangt - also auch etwa für Hooligans an Fussballspielen -, drehte sich die Diskussion hauptsächlich um die Frauen, die eine Burka oder einen Niqab tragen. "Die Vollverschleierung ist wie das Minarett ein



Symbol für einen extremen Islam, der hier nichts zu suchen hat", sagte Walter Wobmann (SVP/SO). Für die Gegner der Initiative ist ein nationales Verbot der falsche Weg und ein solches würde auch den liberalen Werten der Schweiz widersprechen. Auch der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung.

Kommentar: Ich bin erleichtert, dass sowohl Bundesrat als auch Parlament die Ablehnung der Initiative empfehlen. Auch ich habe mich in der Ratsdebatte für diesen Entscheid starkgemacht, vgl. [mein Votum in der Debatte](#)

Frühförderung: Kinder sollen mit weniger grossen Unterschieden in ihrer Entwicklung in die Schulkarriere starten. Der Nationalrat hat ein Gesetzesprojekt angenommen, damit Kinder bereits vor dem Kindergartenalter gefördert werden können. Der Entscheid fiel mit 109 zu 75 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Vorgesehen ist, dass der Bund pro Jahr höchstens vier Kantonen einmalig Finanzhilfen gewähren kann, und zwar für die Dauer von je drei Jahren und in Höhe von jährlich 100'000 Franken. Insgesamt sollen in den nächsten zehn Jahren 8,45 Millionen Franken eingesetzt werden. Gegen das Gesetz stellten sich die SVP und die FDP. Als nächstes berät der Ständerat über die Vorlage.

Kommentar: Kinder, die beim Kindergarteneintritt sprachliche, motorische, soziale und kognitive Entwicklungsrückstände zeigen, können diese in ihrem weiteren Lebens- und Bildungsverlauf häufig kaum mehr aufholen. Ich freue mich sehr, dass die Chancengerechtigkeit für Kinder mit Frühförderung verbessert werden soll!

Gleichstellung: Der Nationalrat hat mit 139 zu 57 Stimmen einem [Postulat](#) von Ratspräsidentin Isabelle Moret (FDP/VD) zugestimmt. Es fordert den Bundesrat auf, dem Parlament einen Überblick zu geben über die Bedürfnisse und das Angebot hinsichtlich Beratung zur Erleichterung der beruflichen Wiedereingliederung von Frauen. Im Fokus stehen sollen die elf Beratungsstellen, die früher vom Bund mitfinanziert wurden.

Der Bund soll mit einer breit angelegten Kampagne auf Sexismus in der Schweiz aufmerksam machen. Der Nationalrat hat eine [Motion](#) der Nationalrätin Regula Rytz (Grüne/BE) angenommen. Im Kampf gegen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sehe man, dass die Ursache auch noch nicht überwundene Stereotypen seien. Mit einer Kampagne soll versucht werden, die Stereotypen aufzubrechen. Die Motion geht an den Ständerat.

Der Bundesrat muss Massnahmen aufzeigen, damit die Wissenschaft und das Gesundheitspersonal in den Bereichen Forschung, Prävention und Pflege die spezifischen Bedürfnisse der Frauen besser berücksichtigen. Laut Laurence Fehlmann Rielle (SP/GE), die ein [Postulat](#) mit dieser Forderung eingereicht hatte, wird das Leiden von Frauen regelmässig nicht ernst genommen. Frauen erhielten daher nicht immer eine angemessene Pflege. Beispielsweise würden Herzinfarkte und Schlaganfälle bei Frauen oft übersehen.

Kommentar: Welch erfreuliche Entscheide! Alle drei Massnahmen sind wichtig für die weitere Verbesserung der Gleichstellung. In Bezug auf die Gleichstellung spüren wir die neuen Mehrheiten im Parlament. Erfreulich! Ich habe dreimal eine Frage gestellt, wer mag, kann [hier reinschauen](#) (auf der rechten Seite nach dem Namen suchen)

Gesellschaft: Der Nationalrat will Kinder- und Minderjährigen-Ehen von ausländischen Personen in der Schweiz einen Riegel schieben. Solche Ehen sollen nicht mehr automatisch als gültig gelten, wenn die bei der Eheschliessung minderjährige Person volljährig wird. Der Nationalrat nahm eine Motion seiner Rechtskommission mit 150 zu 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen an. Der Ständerat muss noch über die Motion befinden. Deren Umsetzung würde bedeuten, dass die Ehe eines Paares, das sich in der Schweiz niederlassen und seine Ehe anerkennen lassen will, auch dann als ungültig erklärt werden würde, wenn die Ehe schon seit Jahren hält und die bei der Eheschliessung minderjährige Person daran festhalten will.

Kommentar: Dass Ehen von Kindern, die mit 14 oder 15 Jahren im Ausland verheiratet wurden, in der Schweiz nachträglich anerkannt werden, ist ein Skandal. Ich bin zuversichtlich, dass der



Ständerat dem Nationalrat folgen wird und damit Minderjährige in Zukunft in der Schweiz ohne Ausnahme ungültig sind.

Invalidenversicherung: Das Parlament hat sich in der Schlussabstimmung einstimmig mit 198 Stimmen für die [Weiterentwicklung der IV](#) ausgesprochen. Im Vorfeld hatten die SVP sowie einzelne weitere Mitglieder des Parlaments gefordert, die Vorlage abzulehnen oder die Schlussabstimmung zumindest zu verschieben, bis Zahlen zur Auswirkung der Corona-Krise auf die Invalidenversicherungen vorliegen. Sollte sich die finanzielle Situation der IV verschlechtern, bräuchte es eine Sanierungsvorlage.

Kommentar: Bereits in der Frühlingssession konnten wir im Parlament die letzten Differenzen in diesem Geschäft bereinigen. Entstanden ist eine sehr aufgewogene Vorlage. Ich bin sehr erleichtert, dass diese langfristig ausgerichtete Revision aufgrund einer akuten Krise versenkt worden ist.

Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Sommersession:

- [20.5283](#) Wie kann der Bundesrat während und nach der Corona-Krise die kulturelle Teilhabe sichern? (Fragestunde. Frage)
- [20.3490](#) Optimierung der Patientinnen- und Patienteninformation (Interpellation)
- [20.3489](#) Stärkung der Patientenstimme in der Gesundheitspolitik (Interpellation)
- [20.3488](#) Implantate (Interpellation)
- [20.5381](#) Besetzung eines Lehrstuhls an der HSG (Fragestunde. Frage)
- [20.1020](#) 25-Jahre-Jubiläum der UNO-Weltfrauenkonferenz (Anfrage)
- [20.3683](#) Bedarfsabhängige Kinderzulagen (Motion)
- [20.3684](#) Massnahmen zur Armutsprävention (Postulat)
- [20.3687](#) Social Media Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen (Postulat)
- [20.3690](#) Zwingend nötige Anpassung des Straftatbestandes sexueller Belästigung von Kindern (Motion)